WILHELM MIERENDORF

Gymnasiasten im Technikunterricht: *„Es geht nicht darum, Statusversprechen zu verteilen“*

BILDUNG

„Eltern entscheiden alles“

Die baden-württembergische Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer, 48 (SPD), über die Einführung der Gemeinschaftsschule und die Bevormundung durch Lehrer

SPIEGEL: Sie wollen in Baden-Württemberg die Gemeinschaftsschule einführen und damit ein Schulsystem verändern, das laut allen Pisa-Vergleichen zu den besten Deutschlands zählt. Warum?

Warminski-Leitheußer: Es stimmt, dass Baden-Württemberg in der Spitze gute Ergebnisse vorzuweisen hat, allerdings nur im nationalen Vergleich. Und wenn alles so bliebe, wie es ist, wäre es auch damit sehr schnell vorbei. Die Gesellschaft entwickelt sich weiter, also müssen wir auch das Schulsystem weiterentwickeln …

SPIEGEL: … und verschärfen damit ein Problem, das schon in vielen Bundesländern herrscht: dass bei der Vielzahl von Schultypen niemand mehr richtig durchblickt.

Warminski-Leitheußer: Dieses grundsätzliche Problem bestand doch schon lange vor der Einführung der Gemeinschaftsschule. Als ich zum ersten Mal ein Schaubild über die Wege zum Abitur in Baden-Württemberg sah, da dachte ich: Meine Güte, das sieht ja aus wie der Nahverkehrsplan des Ruhrgebiets, wo ich aufgewachsen bin.

SPIEGEL: Dieses Problem wird nun größer, nicht kleiner.

Warminski-Leitheußer: Die Gemeinschaftsschule ist eine weitere Schule, das ist unbestritten. Aber in der Praxis ist es eine Vereinfachung, weil Eltern und Kinder wissen: Wenn ich auf dieser Schule bin, kann ich zum Abitur gelangen, ohne Brüche, ohne Wechsel zwischen Schulformen. Die Gemeinschaftsschule sorgt dafür, dass wir endlich aufhören, Kinder in der vierten Klasse in verschiedene Kategorien einzusortieren.

SPIEGEL: Das klingt, als wollten Sie am liebsten das Gymnasium abschaffen. Ist das Ihr langfristiges Ziel?

Warminski-Leitheußer: Das dreigliedrige Schulsystem ist einfach nicht sinnvoll. Allerdings hat das Gymnasium für mich einen hohen Bildungswert. Ich halte grundsätzlich nichts von Tabula-rasa-Reformen, die alles ignorieren, was zuvor galt. So bringt man das Schiff nur so sehr in Bewegung, dass alle seekrank werden. Wichtig ist, dass wir jedem Kind in Baden-Württemberg die Chance geben, auf einer weiterführenden Schule seinen bestmöglichen Bildungsabschluss zu erreichen – unabhängig vom Elternhaus.

BERND WEISSBROD / DPA

Warminski-Leitheußer
„Ein anderes Weltbild“

SPIEGEL: Warum schaffen Sie dann ausgerechnet die verbindliche Empfehlung am Ende der Grundschulzeit ab? Viele Studien, unter anderem vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, zeigen: Wenn Eltern statt der Lehrer das letzte Wort haben, geht's ungerechter zu. Dann sind Kinder aus gebildetem Elternhaus bei gleicher Leistung deutlich bevorzugt.

Warminski-Leitheußer: Die Grundschulempfehlung ist eine unsägliche Bevormundung der Eltern. Sie entscheiden doch alles: welche medizinische Behandlung ihre Kinder erhalten, was ihre Kinder essen und trinken. Und da sollen sie nicht das Zeug haben zu bewerten, was ihr Kind kann oder nicht?

SPIEGEL: Auch der Expertenrat um den Pisa-Papst Jürgen Baumert, der ein Gutachten über Baden-Württemberg verfasst hat und auf den Sie sich gern berufen, hat nicht zur Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung geraten.

Warminski-Leitheußer: In diesem Punkt bin ich schlicht anderer Meinung. Warum machen denn so wenige Migranten Abitur? Und wieso gibt es Eltern, die ihr Kind partout aufs Gymnasium schicken wollen? Doch nur, weil mit den unterschiedlichen Schularten ein Statusversprechen verbunden ist. Ich habe ein anderes Weltbild. Es geht nicht darum, Statusversprechen zu verteilen, sondern darum, Bildungszugänge zu ermöglichen. Da ist die Gemeinschaftsschule ein anderer, besserer Ansatz.

SPIEGEL: Der Weg zum Abitur soll auf Gymnasien in Baden-Württemberg künftig mal acht, mal wieder neun Jahre dauern. Muss eine Reform der G-8-Reform wirklich sein?

Warminski-Leitheußer: Bei G8 gibt es eine sehr unterschiedliche Wahrnehmung. In Freiburg höre ich: alles kein Problem. Andernorts sagen mir Eltern und Schüler: Hört auf mit dem Quatsch – es bleibt gar keine Zeit mehr, ein Instrument zu lernen oder Leistungssport zu machen! Deshalb haben wir beschlossen, dass es an Standorten, an denen es richtig knirscht, mög-

lich sein soll, auch erst nach neun Jahren das Abitur zu machen.

SPIEGEL: Wie kann es sein, dass die Lehrer an der einen Schule die Reform offensichtlich gut umsetzen und an der anderen Schule alle unzufrieden sind?

Warminski-Leitheußer: In der Umsetzung gibt es offensichtlich sehr große Unterschiede. An manchen Standorten bringen die Schüler eben andere Voraussetzungen mit und brauchen vielleicht mehr Zeit. Es darf aber nicht sein, dass Schüler, die nach neun Jahren das Abitur schaffen würden, aus dem System fallen, nur weil sie es in acht Jahren nicht packen.

SPIEGEL: Manche fordern eine flächendeckende Rückkehr zur neunjährigen Gymnasialzeit.

Warminski-Leitheußer: Ich bin aus tiefster Überzeugung gegen G8. Aber ich muss akzeptieren, dass dieses System nun etabliert ist. Deshalb wollen wir das Beste daraus machen und mehr Ressourcen bereitstellen, gerade um individuelle Förderung in größerem Umfang zu ermöglichen.

SPIEGEL: Bei anderen Zielen nehmen Sie sich sehr viel Zeit, etwa beim Ausbau der Ganztagsangebote an Grundschulen. Das soll bis 2020 dauern – warum so lange?

Warminski-Leitheußer: Wir haben einen dramatischen Sanierungsstau an öffentlichen Schulen. Allein hier in Stuttgart ist ein dreistelliger Millionenbetrag nötig, in Mannheim sieht es nicht besser aus. Für neue Projekte bleibt da in den Kommunen nur wenig Geld übrig, auch wenn die Nachfrage nach Ganztagsschulen wächst. Das Ziel 2020 ist deshalb eine ganz pragmatische Betrachtungsweise.

SPIEGEL: Selbst ein vergleichsweise reiches Bundesland wie Baden-Württemberg hat nicht die Mittel, Notwendiges schneller umzusetzen?

Warminski-Leitheußer: Zuständig sind ja erst einmal die Kommunen. Wenn ich als Kultusministerin verkünden würde, dass es schon früher überall Ganztagsangebote geben wird, zeigen mir die Bürgermeister doch den Vogel. Wir sollen keine Schulden machen, aber Ganztagsschulen aufbauen – das ist doch eine Illusion. Wir brauchen ein Investitionsprogramm des Bundes, denn nur er kann noch investieren. Das darf dann auch nicht an einem Kooperationsverbot scheitern, das dem Bund bislang solche Investitionen untersagt.

SPIEGEL: Finanzieren soll der Bund, entscheiden die Kommunen – dann sind die Länder und deren Kultusminister überflüssig. Arbeiten Sie an Ihrer eigenen Abschaffung?

Warminski-Leitheußer: In absehbarer Zeit sehe ich eine solche Entwicklung nicht, schon wegen des Personals: Wir haben rund 120 000 Lehrer im Landesdienst. Aber vielleicht haben wir ja in hundert Jahren tatsächlich andere Strukturen.

Interview: Simone Kaiser, Markus Verbeet